



Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

Newsletter vom 4. 2. 2017

Inhalt

Thesen zu linker Bildungspolitik.....	1
Verein für Seehalde-Eltern.....	5
Fast eine Bildungsdebatte.....	6
«Städteinitiative Bildung».....	8
Kein Lehrplan 21 der Beliebigkeit.....	9
«Drum prüfe, wer sich bindet».....	10

Thesen zu linker Bildungspolitik

Wie der Titel dieser Thesen nahelegt, stehen hier nicht der Lehrplan 21, die PISA-Studien oder BOLOGNA als einzelne Reformprojekte bzw. -konzepte zur Diskussion. Unsere kritischen Überlegungen betreffen die gesamte Bildungsentwicklung in der Schweiz wie im übrigen Europa. Diese hat Grundlegendes im Verständnis, was Bildung ausmacht und was sie ermöglicht - sowohl für den Unterricht selbst wie für die Lehrerbildung und die Aufsicht über das, was in der Schule geleistet wird - umgewälzt.

Thesen für das Podium "Linke Bildungspolitik im Zeitalter von BOLOGNA, HarmoS, Bildungsstandards und Lehrplan 21", von Beat Kissling, 15.1.17

1. Die schleichende neoliberale Revolution im Bildungswesen führt(e) von der Republik zur Herrschaft der Experten

Nach dem Sieg der Marktwirtschaft mit dem Ende des Kalten Krieges hat sich ein neoliberales Verständnis durchgesetzt, welches Demokratie und Marktwirtschaft praktisch gleichsetzt. Fast alle öffentlichen Institutionen unseres Staates (der Service public) wurden seither von dieser Ideologie erfasst und entsprechend umgestaltet. Besonders deutlich erkennbar ist dies im Gesundheits- und bei unseren Bildungswesen. Alle kennen die berühmten „Fallpauschalen“, den Trend zur Privatisierung der Spitäler und den Institutionen der Gesundheitsversorgung sowie die Vorherrschaft der Gesundheitsökonominnen vor medizinischen Fachleuten. Die Schulen wurden zu „Betriebseinheiten“ (Corporate Identities), die sich auf einem „Bildungsmarkt“ behaupten müssen umdefiniert, die Schüler und Eltern zu Kunden und die öffentlichen Verwaltungen gemäss New Public Management zu regelrechten CEOs, die die Entwicklung der Schulen heute steuern – vieles als Folge der Umwälzungen des Ökonomen und früheren Zürchers Bildungsdirektor Ernst Buschor. Die demokratische Aufsicht der Schule ist unter dem Schlagwort der „Professionalisierung“ zur Makulatur verkommen. Inzwischen steuert eine Expertokratie-Kaste die Schulentwicklung, die - wie alt SP-Nationalrat Hans Zbinden aufzeigt - Reform über

Reform an Parlamenten und Bevölkerung vorbei implementiert.

2. Die BOLOGNA-Reform, PISA, HarmoS und der Lehrplan 21 tauschen ihr republikanisches gegen ein utilitaristisches Bildungsverständnis

Der Lehrplan 21 dient ebenso wenig der Harmonisierung unseres Schulsystems wie die BOLOGNA-Reform der Mobilität der Studierenden geholfen hat. Eine Allianz aus Politik, Verwaltung und Teilen der Wissenschaft hat den Auftrag der Harmonisierung zum Vorwand genommen, um eine unmittelbare politische Steuerung und Kontrolle des Unterrichts zu etablieren und sorgt gleichzeitig für die Auftragssicherheit der Bildungsfunktionäre in den Steuerungszentralen unserer Bildungsverwaltung, für die Weiterbildungsinstitutionen an den Pädagogischen Hochschulen, für die Schulberatungs- und Lehrmittelindustrie. Seit der Einbindung der Schweiz in die PISA-Studien (OECD-Regime) im Jahre 2000 wurde die gesamte Bildungsarbeit von der „Input“- zur „Output-Orientierung“ transformiert. Dieser Paradigmenwechsel beinhaltet eine Entpersonalisierung sowie eine Banalisierung bzw. Entsachlichung des Unterrichts. Die sogenannte „Kompetenzorientierung“ hat kein anderes Ziel als das Verfügbarmachen dessen, was in der Schule gelernt wird. Sie dient der permanenten Vermessung der Schülerleistungen, marktgängigen Schulvergleichen und Rankings – im betriebswirtschaftlichen Jargon - zur Generierung von „Steuerungswissen“ für die CEOs in den NPM-Verwaltungen.

3. Die Kompetenzorientierung als Kern der angelsächsischen „Output“-Reform wird den Unterricht verändern

Überall, wo die Kompetenzorientierung eingeführt wurde, verändert sich der Unterricht ganz erheblich. Um dies feststellen zu können, braucht man nicht in die USA zu gehen. In vorerst abgeschwächter Form sehen wir die negative Entwicklung auch schon in Deutschland. „Teaching to the Test“ repräsentiert die neue „Schulkultur“, die die Lehrpersonen zwingt, auf selbstverantwortete Inhalte sowie zunehmend auf Methoden- und Lehrmittelfreiheit zu verzichten. Pädagogik und Didaktik verschwinden ohnehin in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften immer mehr zugunsten von Managementschulung und dem Aufbau von technokratischen Verwaltungskompetenzen.

Die von unseren linken MandatsträgerInnen immer wieder kolportierte Floskel, wonach man derartige Entwicklungen in der Schweiz auf keinem Fall beabsichtigte, ist naiv. Wer Vergleichbarkeit will, muss Standards haben. Und wer Standards will, muss diese überprüfen. Und wer diese überprüfen will, braucht Tests. Und wer vergleichende Tests will, benötigt Kompetenzen. Deshalb liest sich der ganze Lehrplan auch wie ein Testbuch.

Mit der Umstellung der Hochschulbildung auf das US-Modell BOLOGNA hat sich der Charakter des Studiums und der Forschung in zweifacher Hinsicht verlagert: bei den Studierenden in Richtung Zeitoptimierung, Effizienzsteigerung beim Sammeln von Credits, „Bulimielernen“; bei den Lehrenden in Richtung Optimierung der Publikationslisten, Ringen um Sponsoringangebote, Geschäftstüchtigkeit usw. Die eigentlichen Studieninhalte verlieren dabei an Bedeutung.

4. Das neoliberale Menschenbild der OECD bedroht ein elementares soziales Gut im Schulwesen: die Chancengleichheit

Aus Sicht der OECD stellt die demografische Entwicklung weltweit ein rein ökonomisches Problem dar. Bildung muss dementsprechend als Frage der Humankapitalnutzung gesehen werden. Anstelle von Chancengleichheit – sie wird im neoliberalen Denken als unnatürlich abgelehnt - wird neu der Terminus Chancengerechtigkeit postuliert. Zufall?

Wohl eher ein Euphemismus für die inhumane Vorstellung, die Verantwortung für das Fortkommen der Schülerinnen und Schüler solle diesen (vom ersten Schultag an) selbst

übertragen werden. Jeder Schüler könne somit als ‚Manager‘ seiner persönlichen Entwicklung seinen Marktwert selber steuern – halte also sein Schicksal in eigenen Händen. Lehrpersonen sollen in ihrer neuen Rolle als Coaches und Moderatoren diese Schüler-Selbststeuerung ‚begleiten‘.

Der Systemwechsel zum vorwiegend selbstorganisierten, individualisierten Monaden-Lernen hat hochselektionierenden Charakter, zumal sich von Beginn an in jeder Klasse eine grosse, sich schnell ausweitende Leistungsschere auftut. Ein solch sozialdarwinistisch anmutendes System widerspricht zutiefst dem humanistischen, integrativen Schul- und Bildungsverständnis der Schweiz, ja auch der anderen europäischen Länder. In Europa wurde bis anhin „Volksbildung“ sehr ernst genommen, indem besondere Anstrengungen zur Sicherung der Chancengleichheit für alle Schüler unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, unternommen wurden.

5. Diese OECD-inspirierte Schule strebt Anpassung statt Mündigkeit an

Die kritischen Stimmen von Erziehungswissenschaftlern in der Schweiz, Österreich und Deutschland sprechen von einer „Gesinnung der Anpassungsbereitschaft“, die mit der OECD-Bildung gefördert wird. Republikanische Bildungsziele wie Mündigkeit und Befähigung zu eigenständigem Urteil werden ausgetauscht gegen Fähigkeiten des nützlichen Könnens, insbesondere in Form von „Methodenkompetenz“, die für das Leben verwertbar sei im Unterschied zum traditionellen Wissen mit schnellem Verfallsdatum. Inhalte sind dementsprechend bestenfalls sekundär. Ob Goethe gelesen wird oder eine Seite in einem Klatschblatt spielt keine Rolle. Verstehen und Reflektieren verlieren ihre Bedeutung zugunsten von Methodentraining im Hinblick auf Tests, die eben keiner Einsicht oder Sinnerkenntnis bedürfen, da es nicht mehr darum geht, die Schüler mündig, sondern stattdessen ‚für das Leben‘ tauglich zu machen – was immer das effektiv bedeuten soll.

Sekundiert wird dieser Trend zum kompetenztheoretischen ‚Verkleinern‘ der Bildung durch eine chronische „Innovationsrhetorik“ und eine „Neo-Manie“ an den Pädagogischen Hochschulen, bei den testorientierten Erziehungswissenschaftlern sowie an den ‚geleiteten Schulen‘. Dort tönt es so, als ob etliche Dozenten regelmässige Bonuszahlungen von der OECD erhielten. Der „herkömmliche“, sogenannt lehrerzentrierte Unterricht wird schlechtgeredet, obwohl sämtliche seriöse Unterrichtsforschung die Lehrperson als entscheidendsten Faktor für den Lernerfolg der Schüler ausweist.

Die Tatsache, dass nur sehr wenige Lehrpersonen es wagen, öffentlich Fragen zu diesen Entwicklungen zu stellen oder sich kritisch zu äussern, zeigt, dass mittlerweile eine autoritäre Stimmung das demokratische Schulklima bestimmt. Dabei spielt das seit Buschor etablierte betriebswirtschaftliche Kontrollsystem in den Schulen eine zentrale Rolle.

6. Die OECD dient grossen privaten Bildungskonzernen und untergräbt das „Erfolgsmodell Schweiz“

Die hohe Lebensqualität und die allgemeine Zufriedenheit der Schweizer Bevölkerung beruht auf den Elementen der direkten Demokratie verknüpft mit einem hochstehenden Service public - also auch einem besonders erfolgreichen öffentlichen Bildungswesen und einer auf Ausgleich gerichteten Wirtschaftspolitik. Obwohl die OECD kein spezielles Mandat gegenüber der Schweiz innehat, spielt sie sich als die normgebende Bildungsautorität auf, dies sogar weltweit. Seit dem Ende des Kalten Krieges ist es ihr gelungen, den Widerstand der europäischen Länder zu brechen, die sich viele Jahre dem angelsächsisch dominierten OECD-Zugriff zu entziehen vermocht hatten. Mit PISA realisierte sie ihren Durchbruch.

Bekanntlich wird auf globaler Ebene (WTO, USA und EU) versucht, durch Freihandelsverträge wie GATS oder TISA die öffentlichen Dienste der Länder, auch der Schweiz, dazu zu zwingen, privaten Investoren Tür und Tor zu öffnen. Universitäten, Hochschulen, aber auch gewöhnliche Schulen hängen bereits am Tropf von Sponsoren und Investoren, die immer mehr Einfluss auf die Schul- bzw. Bildungsentwicklung nehmen – alles zumeist gänzlich intransparent.

Dieser Vormarsch der „Global Education Industry“ wird von der OECD nachhaltig vorangetrieben, siehe den „Global Education Industry Summit“ in Helsinki im Oktober 2015, wo Konzernleitungen mit Bildungsministern zusammengebracht wurden – ein ähnliches Tête-à-Tête des Big Business mit Regierungspersonen wie aktuell in Davos, in Helsinki einfach konzentriert auf Schule und Bildung.

7. Die progressive Rhetorik wirkt antiaufklärerisch und ebnet einem totalitären Anspruch den Weg

Bildungssprachrohre der Linken haben die Meinung verbreitet, der Lehrplan 21 enthalte progressive Ziele, z.B. die Förderung einer Haltung ökologischer Nachhaltigkeit. Es ist nicht Aufgabe unserer Schule, wie dies mit der Messung überfachlicher Kompetenzen angelegt ist, Gesinnungen zu erzeugen. Wird alles, auch z.B. die Bekundung des guten Willens, als prüf- und messbare Kompetenz bewertet, dann enden wir bei einem Erziehungsbegriff mit totalitärem Anspruch. Die bedeutendste Haltung, die mit diesem PISA-Abklatsch garantiert gefördert wird, ist eine unpersönliche, entsolidarisierte, antirepublikanische Mentalität des reinen Nützlichkeitsdenkens.

Der Lehrer, der seine Aufgabe, jedem Kind möglichst umfassend gerecht zu werden, ernst nimmt, kann sich nicht darauf zurückziehen, seine Schüler mittels detailliertem, vorgefassten Beobachtungsbogen zum Ankreuzen ‚ganzheitlich‘ zu erfassen (diagnostizieren) und sie dann lediglich als distanzierter Beobachter nur noch zu ‚beraten‘ oder zu ‚coachen‘. Dies ist angesichts der Individualität der Schüler und der gänzlich verschiedenen Vorgeschichten der Kinder zynisch.

Das Kind soll stattdessen gefördert, gefordert und so viel als nötig unterstützt werden, sodass es lernen kann, frei und in Kooperation mit anderen über seine Entwicklung selber zu bestimmen. Die Zusammenarbeit des Lehrers mit der Klasse als Gemeinschaft behält als Modell demokratischen Handelns durch die geteilte, gleichwertige Aufmerksamkeit und Hinwendung zu einer Sache eine hohe Priorität.

Verein für Seehalde-Eltern

Zürcher Unterländer – Samstag, 28. Januar 2017 –

NINIHO Der neue Verein «Eltern und Bürger für eine starke Schule» will Anlaufstelle für Seehalde-Eltern und interessierte Bürger sein.

Die Einführung eines neuen Schulsystems an der Seehalde sorgte in den Gemeinden Niederhasli und Niederglatt in den letzten Jahren für viel Aufregung und Widerstand. In letzter Zeit ist es jedoch ruhiger geworden um die Sekundarschule und das umstrittene Schulsystem SOL (Selbst organisiertes Lernen.) Es mag daher auf den ersten Blick etwas überraschen, dass nun ein Verein gegründet wurde, der sich dem Thema widmet.

Der Verein «Eltern und Bürger für eine starke Schule» besteht seit Oktober. Die Vorstandsmitglieder sind die ehemalige Seehalde-Lehrerin Suzanne Weigelt, der Nachhilfelehrer Thomas Baer und die betroffene Mutter Nicole Fuchs. «Wir haben

gemerkt, dass bei vielen Eltern ein Bedürfnis nach mehr Information und Austausch besteht», erklärt Vereinspräsidentin Suzanne Weigelt.

Sie wollen Elternrat ersetzen

Die Eltern an der Seehalde seien untereinander kaum vernetzt. Der Elternrat sei keine echte Vertretung der Klasseneltern, sagt Weigelt. Der Verein will daher eine Ersatzplattform für den Elternrat anbieten, aber auch offen sein für andere Bürger. So hätten viele Eltern von Primarschülern offene Fragen. «Wir wollen diesen Eltern aufzeigen, wie das Schulsystem läuft und ihnen die Bezeichnungen wie Office oder Homepage erläutern», sagt Weigelt.

Nach Lösungen suchen

Entstanden ist der Verein aus der Interessengruppe Niniho (IG Schule Niniho), die in der Vergangenheit Demonstrationen organisierte, eine Aufsichtsbeschwerde einreichte und an Gemeindeversammlungen der Schule mobilisierte. Während die IG politisch aktiv sei, wolle der neue Verein einfach nur Anlaufstelle für Eltern sein. «Wir wollen auch nicht gegen das System schießen, sondern die Anliegen der Eltern aufnehmen, herausfinden, wo es Probleme gibt, und konstruktiv nach Lösungen suchen.» Auf die Frage, wie sie die Lösungen bei den Zuständigen einbringen wolle, erklärt Weigelt: «Zum einen laufen derzeit Gespräche zwischen Vertretern der IG und der Schulpflege, zum andern könnte mit Anita Lommatzsch bald eine Vertreterin der IG in die Schulpflege gewählt werden.»

Am Mittwoch fand die erste Infoveranstaltung in einem Niederhasler Gewerbehause statt. Gekommen seien nur wenige. «Wir waren eine kleine Gruppe, haben aber angeregt diskutiert.» Bei vielen Besuchern habe es sich um Eltern von Primarschülern gehandelt. «Sie waren verunsichert und wollten beispielsweise wissen, ob sich Seehalde-Schüler tatsächlich aussuchen dürfen, was sie lernen wollen.»

Weigelt will den Eltern beide Seiten aufzeigen und verweist sie daher auch öfter auf die offizielle Homepage der Schule. Dass sie selber eine scharfe SOL-Kritikerin ist, daraus macht sie keinen Hehl. Schüler in diesem Alter seien überfordert, wenn sie selbst die Verantwortung für ihr eigenes Lernen übernehmen müssen. «Pubertierende Schüler brauchen eine starke Führung und Lehrer sind ausgebildete Experten für das Vermitteln von Lehrstoff.» Elf Jahre lang unterrichtete Weigelt an der Seehalde als Fachlehrerin Französisch und Englisch. Sie verliess die Schule 2012 wegen des Systemwechsels. Noch sind keine weiteren Veranstaltungen geplant. Der Verein will sich aber weiterhin als Anlaufstelle für Eltern und Bürger anbieten, betont Weigelt. Eine Vereinsmitgliedschaft sei dazu nicht notwendig. Cab

Leserbrief zum Artikel

Ich finde es vorbildlich, dass sich in Niederhasli und Niederglatt ein Verein „Eltern und Bürger für eine starke Schule“ gebildet hat. Auch wenn beim ersten Treffen noch wenig Teilnehmer anwesend waren, ist doch der Anfang gelungen!

Eine Änderung des untauglichen Reformprozesses, wie er im Moment in der Schule im Gange ist, kann nur von Seiten der Betroffenen kommen. Die Lehrer dürfen sich nicht wehren, sie würden ihre Existenz gefährden. Die sogenannten Bildungsexperten und die Politiker nehmen – warum auch immer – die Betroffenen nicht ernst. So liegt es an den Müttern und Vätern, nicht nur verwundert zuzuschauen, wie ihre Kinder immer weniger lernen oder nicht mehr gerne zur Schule gehen, sondern sich zusammensetzen und sich dann auch gemeinsam zu wehren, wo sie es nötig finden. Es ist die Chance unserer Demokratie, dass die Basis, die betroffene Bevölkerung, ein Mitspracherecht hat. – Gerade in so wichtigen Dingen wie der Bildung sollten wir es auch wahrnehmen und nicht

zulassen, dass grundlegende Umwälzungen wie der Lehrplan 21 ohne Diskussion einfach heimlich eingeführt werden.

Abgesehen davon tut es einfach auch gut, sich als Eltern gemeinsam über die Erfahrungen mit der Schule auszutauschen.

Ursula Richner, Zürich

Fast eine Bildungsdebatte

Tages-Anzeiger vom Mi, 01.02.2017

Der Kantonsrat hat gestern den Finanzplan für die Jahre 2018 bis 2021 beraten. Was eine Finanzdebatte hätte sein sollen, wurde auch eine Debatte über die Qualität und Ausrichtung der Schule.

Liliane Minor und Helene Arnet

Jedes Jahr im Januar kommt es im Kantonsrat zu reihenweise Déja-vues. Dann nämlich, wenn das Parlament die Finanzplanung für die nächsten vier Jahre berät. «Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan» heisst die Sache, und so, wie sie klingt, ist sie auch. Über weite Strecken sperrig und knochentrocken.

Das liegt nicht zuletzt daran, dass etliche Fraktionen die Debatte über den KEF, wie das Ding abgekürzt heisst, dazu brauchen, gescheiterte Anträge aus Budget- und anderen Debatten wieder aufleben zu lassen. Und so ist in den Voten immer wieder der Satz «die Argumente bleiben die gleichen wie schon in der Debatte XY» zu hören. Ein Klassiker in dieser Kategorie sind etwa die Anträge der SVP zu Kürzungen im Bildungsbereich.

Bildung und Bauen

Der Rat hat, wie so oft in KEF-Debatten, mehr Anträge abgelehnt als angenommen. Gestern Abend, nach Abschluss der zweitägigen Verhandlungen, sah die Bilanz so aus: 26 von 46 Anträgen fanden keine Mehrheit. Darüber sprach der Kantonsrat am Dienstag:

- **Weniger Sonderschüler:** Monika Wicki (SP, Wald) wollte im KEF das Ziel verankern, den Anteil der Sonderschüler jedes Jahr um 2 Prozent zu senken. «Das ist moderat», sagte Wicki. Der Antrag scheiterte mit 37 zu 124 Stimmen. Ja sagte nur die SP. Die meisten Fraktionen fanden, der Antrag richte sich an den falschen Adressaten. Es sind nämlich die Gemeinden, die Kinder den Sonderschulen zuweisen, nicht der Kanton. Die SVP nannte noch einen anderen Ablehnungsgrund. «Wir sagen zu allem Nein, was Mehrkosten bringt», sagte Rochus Burtscher (Dietikon).
- **Weniger Geld für Mittel- und Hochschulen:** Gleich vier Anträge hatte Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) eingereicht, die einschneidende Sparmassnahmen an Mittelschulen, Uni und Fachhochschulen vorsahen - ein weiterer kam von Hans-Peter Amrein (SVP, Zürich). Und obwohl Rochus Burtscher (SVP, Dietikon) zuvor ausdrücklich gesagt hatte, seine Partei wolle «keine Bildungsdebatte» an diesem Abend, provozierten Hauser und Amrein genau dies. Hauser verlangte zum Beispiel, dass die Mittelschulquote im 10. Schuljahr von heute 22 auf 17 Prozent gesenkt werde. Und begründete das damit, dass die Qualität der Matur gesunken sei. Den Gymnasien warf er vor, Lernmethoden anzuwenden, die teuer seien, aber weniger brächten als «der leistungsfördernde Frontalunterricht». Von der Uni verlangte Hauser, «unnötige, dem Zeitgeist geschuldete» Fächer wie Islamwissenschaft und Gender-Studies einzustellen. Amrein attestierte der Uni eine «mediokre Reputation».

Damit provozierten Hauser und Amrein einiges an Kritik. «Das Gesamtsystem funktioniert», sagte Moritz Spillmann (SP, Ottenbach). Sabine Wettstein (FDP, Uster) warf Hauser vor, nicht ehrlich zu sagen, worauf er hinauswolle: «Du behauptest, es gehe dir um die Finanzplanung, aber in Wahrheit geht es dir um einen Qualitätsabbau.»

Alle Anträge scheiterten schliesslich klar, einzig die EDU unterstützte die SVP uneingeschränkt, die BDP sagte Ja zu Kürzungen bei ausserkantonalen Fachhochschulen.

- **Berufsbildung:** Sie ist ein Sorgenkind. Einerseits schliessen nur rund 87Prozent der Lehrabgänger ihre Ausbildung erfolgreich ab - eine Quote, die der Bund auf 95Prozent erhöhen möchte. Andererseits absolvieren immer weniger Lernende die Berufsmittelschule. An sich geht der Regierungsrat mit dem Kantonsrat einig, dass sowohl die Zahl der Lehrabschlüsse als auch jene der Berufsmittelschüler erhöht werden müsste - im KEF hat er dies aber nicht verankert. Der Kantonsrat hat das gestern korrigiert. Alle Fraktionen ausser der SVP sprachen sich dafür aus. «Wenn man sich schon Ziele setzt, sollen sie auch eine Wirkung haben», sagte Moritz Spillmann.
- **Konservatorien:** ...
- **Frühförderung:** ...
- **Baudirektion:**
Der Regierungsrat hat nun drei Monate Zeit, die KEF-Erklärungen entweder zu akzeptieren - oder zu begründen, warum er sie nicht umsetzt.

Kommentar

Marianne Wüthrich, Wil SG

Die Mehrheit des Kantonsrates macht es sich etwas einfach, wenn sie sich mit Sprüchen wie «Das Gesamtsystem funktioniert» herauswindet und die im Rat auf dem Tisch liegenden knallharten Fakten übergeht. Zum Beispiel die Tatsache, dass die Qualität der Matura im Sinken begriffen ist. Oder die Tatsache, dass immer weniger junge Erwachsene ihre Berufslehren erfolgreich abschliessen und auch die Berufsmaturitätsabschlüsse zurückgehen.

Zwar sind sich Regierungsrat und Kantonsrat einig, «dass sowohl die Zahl der Lehrabschlüsse als auch jene der Berufsmittelschüler erhöht werden müsste». Der Kantonsrat will dieses hehre Ziel nun offenbar im KEF (in Bürokratendeutsch: «Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan») verankern. Wirklich sehr rühmend! Stellt sich nur die Frage: Wie wollen der Kantonsrat und Frau Bildungsdirektorin Steiner dieses Ziel erreichen?

Das Initiativkomitee «Lehrplan vors Volk» wundert sich schon ein wenig darüber, dass die Bildungsdirektion die Einführung des Lehrplan 21 ohne Diskussion mit dem Stimmvolk durchziehen will. Wer wirklich dazu beitragen will, dass künftig mehr Schulabgänger fähig sind, eine Lehre oder eine Mittelschule zu beginnen und erfolgreich abzuschliessen, der kommt nicht drum herum, sich mit einigen grundlegenden Fragen zu befassen. Zum Beispiel, dass in der Volksschule an erster Stelle ein intensiver Klassenunterricht stattfinden muss, in dem die Lehrkräfte in jedem Schulfach mit allen Schülern die Grundlagen erarbeiten. Wenn dieser pädagogisch unverzichtbare Weg weiterhin zugunsten von so genannt «selbstverantwortlichem», «kompetenzorientiertem» Lernen immer mehr in den Hintergrund tritt, dann werden auch künftig die Abbrüche von Berufslehren zu- und das Bildungsniveau an den Mittelschulen abnehmen.

«Städteinitiative Bildung»

Auf Lauber folgt Fritschi

Zürichsee-Zeitung 31. Januar 2017

Der Winterthurer Stadtrat Stefan Fritschi (FDP) ist neuer Präsident der Städteinitiative Bildung. Die als Verein organisierte Institution hat ihn zum Nachfolger des Zürcher Stadtrats Gerold Lauber (CVP) gewählt. Dies teilte die Stadt Winterthur mit. Neben dem neu gewählten Präsidenten sitzen Vizepräsidentin Christine Gaillard (Stadträtin Neuenburg), Gerold Lauber, Beat Züsli (Stadtpräsident Luzern) und Markus Buschor (Stadtrat St. Gallen) im Vorstand.

Die Städteinitiative Bildung, ein Zusammenschluss von Schul- und Bildungsverantwortlichen verschiedener Städte, ist eine Sektion des Schweizer Städteverbands. Sie behandelt bildungspolitische Fragen aus Sicht der urbanen Schweiz und erarbeitet Grundlagen- und Positionspapiere. *sda*

„Städteinitiative Bildung“ agiert im Hintergrund

Peter Aebersold

Die dürre sda-Meldung berichtete über den Präsidentenwechsel bei der „Städteinitiative Bildung“. Ansonsten erfährt die Öffentlichkeit kaum etwas von dieser nicht demokratisch legitimierten, meist im Hintergrund agierenden Lobby-Organisation, in der Exekutivmitglieder der Schweizer Städte vertreten sind. Zur Legitimierung ihrer vom Steuerzahler bezahlten Lobbyarbeit behauptet die „Städteinitiative Bildung“, der Einfluss der Städte in Bildungsfragen sei zu gering. Damit ist der Einfluss der städtischen Exekutiven und ihrer Verwaltung und nicht etwa derjenige der Gemeindeparlamente oder der Stadtbevölkerung gemeint. Als Lobbyorganisation vertritt die Städteinitiative die Interessen der städtischen Exekutiven und ihrer Verwaltungen auf lokaler, nationaler und internationaler (OECD, EU usw.) Ebene gegenüber Politik (Parlamente), Medien und Öffentlichkeit (Souverän). Unser direktdemokratisches System – von der Städteinitiative abschätzig als „Parallelstrukturen“ bezeichnet – passt ihnen nicht, weil es bewusst die Macht der Exekutive in Schranken hält.

Deshalb will die „Städteinitiative Bildung“ die nach Abschaffung der Lehrerwahl und der Bezirksschulpflege noch verbliebenen demokratischen Aufsichtsorgane (Schulpräsidenten, Schulpflege, Schulkommissionen) innerhalb der Städte abschaffen und nur noch als ihr unterstellte Angestellte wie Schulleiter, Lehrer, Schulevaluationsteam dulden. Unter Umgehung der Gemeinde- und Kantonsparlamente sowie ohne öffentliche demokratische Diskussion versuchen sie im Hintergrund die Weichen nach ihren eigenen Interessen zu stellen. Ein besonderer Dorn im Auge ist ihnen die demokratisch gewählte Schulpflege, die als Volks- und Parteienvertreter die Aufsicht über die Volksschule wahrnimmt.

Die «Städteinitiative Bildung» hat neben der Abschaffung der Milizschulpflegen ein ganzes Paket von Forderungen geschnürt: Die Schule soll allein der Exekutive unterstellt werden, damit diese freie Hand bei der „Schulentwicklung“ (Einführung Lehrplan 21 usw.) habe. Im Berufsauftrag der Lehrer wollen sie ausgeprägte Kompetenzen im Umgang mit unterschiedlichen Kulturen und Werthaltungen festschreiben. Der Stadtbevölkerung (urbane Gesellschaft) wollen sie eine „gelebte Heterogenität“ vorschreiben, weil sie „nur in einer mobilen und international vernetzten Welt bestehen könnten“. Die „Frühförderung bei sprachlichen und sozialen Kompetenzen“ sei systematisch auszubauen, weil sie Schlüssel für eine positive Schullaufbahn seien. Altersdurchmisches Lernen soll wie in der (vom Zürcher Stimmvolk abgelehnten!) Basis/Grundstufe „Ausdruck eines konstruktiven Umgangs mit Vielfalt“ sein, das angeblich „die Chancengerechtigkeit erhöhe“. Gegliederte,

leistungsorientierte Schulen, Sonderschulen und Kleinklassen („frühe separierende Übertritte“) sollen vermieden werden, weil sie angeblich stigmatisieren und benachteiligen. Jedoch sollen die Leistungen der Schulen systematisch mit einem Bildungs-Monitoring erfasst werden, das Qualitätsentwicklung ermöglichen würde. Zeugnisse sollen mit dem Kompetenzraster (Kompetenzorientierung) ausgestellt werden. Umfassende Tagesbetreuung (auch in der Ferienzeit) und Tagesschulen seien eine „Chance für eine ganzheitliche Entwicklung und Förderung“ und ermöglichen den Müttern berufstätig zu bleiben (!). Lehrpersonen sollen neben der Unterrichtszeit zu einer gewissen Präsenzzeit in der Schule verpflichtet werden, um „ihre Mitverantwortung am Gesamtwohl einer Schule zu stärken“.

Es wäre interessant, der Frage nachzugehen, warum die gesellschaftsverändernden Positionen der von rot-grünen Städten dominierten «Städteinitiative Bildung» ausgerechnet und weitgehend mit denjenigen der Wirtschaftsorganisation OECD und globaler Bildungskonzerne übereinstimmen? Ein Hinweis findet sich bei der OECD-Kompetenzorientierung (nach Weinert, wie beim Lehrplan 21), mit der Motivation, Willen und soziale Bereitschaften verändert werden sollen.

Kein Lehrplan 21 der Beliebigkeit

Kurt Scherrer, lic.phil.I, Lehrer

Man erinnert sich: Hauptsächlich damit Familien und insbesondere die betroffenen Kinder bei einem Kantonswechsel den Anschluss in der Schule besser finden können sollten, wurde vor Jahren die landesweite Vereinheitlichung des Schuljahresbeginns beschlossen. Diesem Ziel dienten auch einige Anpassungen in den kantonalen Lehrplänen, wodurch sich die jeweiligen Jahresprogramme und konkreten Lernziele weiter zeitlich gegenseitig annäherten (Beispiel Kanton Zürich: Im Fach Mathematik wurden in den Neunzigerjahren die dreijährigen Stufenziele in stoffliche Jahresziele umgewandelt.) Durch diese Harmonisierungsmassnahmen konnten die vielen strukturellen Unterschiede und Hürden rund um die Schule über alle Kantonsgrenzen hinweg deutlich abgebaut werden, ohne die kantonalen Bildungshoheiten zu verletzen.

Heute ist im Zusammenhang mit der geplanten Einführung des neuen Lehrplans 21 wieder viel von Harmonisierung die Rede. Ich frage mich nur, welche Harmonisierung denn nun gemeint ist. Um weitere kantonsübergreifende Erleichterungen im Schulalltag jedenfalls kann es nicht gehen: Konkrete stoffliche Lernziele fehlen gänzlich, dafür finden sich durchgehend viele hundert, oft sehr schwammig formulierte Kompetenzen in Form von „Können“-Beschreibungen. Diese sollen festhalten, welche „Kompetenzen“ (nicht Fähigkeiten oder Fertigkeiten!) anzustreben sind. Was aber genau mit „Kompetenzen“ gemeint ist, habe ich auch nach langen Recherchen weder gefunden noch plausibel erklärt bekommen. Somit lässt deren Interpretation einen riesigen Spielraum offen. Aber was auch immer damit gemeint ist: Es soll nun neu in sogenannten Vierjahres-Zyklen erreicht werden, kaum mehr strukturiert und schon gar nicht mehr pro Schuljahr! Da für mich als Lehrer per Gesetz immer der jeweils gültige Lehrplan verbindlich und verpflichtend war und ist, kann auch der Verweis auf die Lehrmittel nicht überzeugen, welche sich zudem immer mehr Richtung Stoffsammlung, Vorschläge und Themenangebote entwickeln, deren Auswahl und Reihenfolge für die Lehrpersonen nicht zwingend sind. Da tun mir angesichts unserer heutigen mobilen Arbeitswelt die vielen Familien jetzt schon leid, die dann in einem neuen Kanton den Anschluss in der Schule wieder finden müssen!

Nein, um das Wohl von Kindern und Eltern geht es mit dem neuen Lehrplan 21 offen-

sichtlich nicht; bezeichnenderweise ist er denn auch keineswegs aus einem schulalltäglichen Bedürfnis an der Basis — sprich: Eltern, Schüler, Lehrerschaft — entstanden, sondern wird vornehmlich von Politikern, sogenannten Bildungsexperten und Bildungswahlbürokraten propagiert. Ob es mit der behaupteten Harmonisierung und Zwängerei von oben nicht vielmehr um etwas ganz Anderes geht, nämlich darum, das schweizerische Schul- und Bildungswesen in weiteren Schritten noch EU-kompatibler zu machen, um es dereinst im geplanten Rahmen der OECD als privatisierter landesweiter Dienstleistungsbetrieb auf dem internationalen Markt verkaufen zu können — etwa so, wie es zum Beispiel mit der sogenannten Stromliberalisierung bereits weit gediehen ist? Die internationalen Abkommen in diese Richtung sind schon erschreckend weitgehend vorbereitet, die seinerzeitige Bologna-Reform zum Bildungswesen, von Frau Altbundesrätin Dreifuss über das Volk hinweg eingeführt, war dazu nur ein Anfang. Um diese verhängnisvolle weitere Entwicklung zu stoppen, kann ich nur empfehlen, in den Abstimmungen zum Lehrplan 21, welche aufgrund verschiedener Volksinitiativen in vielen Kantonen bevorsteht, eine deutliche Ablehnung des Lehrplans 21 zum Ausdruck zu bringen. Unsere künftigen Schülergenerationen werden es uns danken! Kein Lehrplan 21 der Beliebigkeit!

«Drum prüfe, wer sich bindet»

Schweizerzeit 27.1.2017

Solothurner Volksinitiative «Ja zu einer guten Volksschule ohne Lehrplan 21»

Die Schalmeienklänge der kantonalen Verwaltungen und zuständigen Regierungsräte rund um den Lehrplan 21 wollen nicht verklingen. Aber all die «Lobhudelei» kann jene, welche sich mit dessen Inhalt auseinandersetzen, nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit dem Lehrplan 21 ein einschneidender Paradigmenwechsel an unseren Schulen stattfinden wird.

von Beat Künzli, Gemeinde- und Kantonsrat, Laupersdorf SO

Sie halten es ganz mit Friedrich Schillers weisem «Lied von der Glocke»:

*«Drum prüfe, wer sich ewig bindet,
ob sich das Herz zum Herzen findet!
Der Wahn ist kurz, die Reu ist lang.»*

Statt sich mit der berechtigten inhaltlichen Kritik am Lehrplan 21 auseinanderzusetzen, versuchen dessen Promotoren lieber, die Aufmerksamkeit auf die Kritiker zu lenken. Ganz nach der alten Taktik «Nicht hinhören, das sind ganz Komische!» Doch so komisch sind die eigentlich gar nicht, sie übernehmen einfach nicht alles ungeprüft, was ihnen die Bildungsbürokraten und die Verwaltung vorlegen. Denn mit dem Lehrplan 21 wird vieles, was sich über Jahrzehnte bewährt und unsere Schule zu einer der erfolgreichsten gemacht hat, umgestossen.

Unzählige Schulreformen

Das bisherige schweizerische Schulsystem geniesst weltweit einen ausgesprochen guten Ruf. Doch wie lange noch? Die Einführung des Lehrplans 21 wird die Mutter aller Reformen sein. Ja, eine der umfassendsten Umwälzungen unserer Schule überhaupt. Und dies, obwohl wir immer noch daran sind, die Reformen der letzten Jahre umzusetzen und zu implizieren (integrativer Unterricht, geleitete Schulen, Sek 1-Reform,

Frühfremdsprachen, neue Schrift, etc.). Kein Wunder, äussern mittlerweile viele Schulleiter und Lehrer die Kritik, dass die Bürokratie seitens der Volksschulämter und des Departements für Bildung noch weiter zunimmt.

Was und wie an unseren Schulen gelehrt wird, geht uns alle etwas an. Darum müssen wir uns die Frage stellen: Wie gut werden unsere Kinder ihren Rucksack nach elf Jahren Volksschule mit dem Lehrplan 21 noch gefüllt haben?

Fragwürdiges Schweigen der Wirtschaft

Ich staune darüber, dass die Wirtschaftsverbände und die Unternehmer diesen neuen Lehrplan ungeprüft und kritiklos akzeptieren. Sie sind es doch, welche darunter leiden werden, wenn ihre Lehrlinge das nötige Wissen und das Grundrüstzeug für den Beruf nicht mehr mitbringen werden und sie dieses in mühsamer Nacharbeit aufholen müssen. Denn seien wir ehrlich: Hätte unsereins sich in der Schulzeit wirklich derart ins Zeug gelegt, wenn wir damals nach dem «JeKaMi»-Prinzip hätten lernen dürfen, was und wieviel uns gerade behagt? Vermutlich nicht, liegt es doch in der Natur des Menschen, dass wir – gerade als Kinder und Jugendliche – etwas Druck brauchen. Doch genau dies wird in Zukunft die Prägung unserer Schulen sein, wenn die Lehrer angehalten sind, das sogenannte «Selbstorganisierte Lernen (SOL)» umzusetzen. Dies ist nämlich einer der zentralen Punkte des Lehrplans 21!

Durchschnittliche und schwache Schüler werden mit dem «Selbstorganisierten Lernen» überfordert sein und die Unterschiede in den Klassen werden noch einmal massiv grösser werden. Ohne verbindliche Anleitung durch den Klassenlehrer werden viele Schüler resignieren. Die Klassenlehrperson muss einen wichtigen Platz im Lernprozess eines Schülers einnehmen, da Lernen mitunter ein zwischenmenschlicher Prozess ist. Sie muss eine wichtige Bezugsperson für den Schüler bleiben und ihm im Klassenunterricht Wissen vermitteln können. Wo dies nicht mehr gewährleistet ist, verkümmert die Bildung. Deshalb sollten Eltern, Lehrer und insbesondere Vertreter der Wirtschaft diesen Lehrplan 21 genau studieren und prüfen, damit sie sehen, was damit auf uns zukommt. So lehnen im Kanton Aargau bei einer Umfrage über sechzig Prozent der Lehrer das «Selbstorganisierte Lernen», welches Stoffauswahl und Lernprozesse weitgehend den Schülern überlässt, ab!

Wenn Lehrplan 21-Befürworter gebetsmühlenartig behaupten, es ändere sich nichts an der Lernmethodik, dann stimmt dies schlicht nicht. Dies sieht man unter anderem daran, dass an unseren Schulen bereits heute vermehrt mit Lehrmitteln gearbeitet wird, welche die Selbstorganisierenden Methoden bevorzugen (z.B. das Französischlehrbuch «Mille feuilles»). Denn schliesslich müssen neue Lehrmittel bereits Lehrplan 21-kompatibel sein! Damit wird bei den Lehrpersonen die eigentlich garantierte Methodenfreiheit eingeschränkt. Und dies wird der Lehrplan 21 weiter zementieren.

Als Vater von sechs Kindern erlebe ich diese Veränderung an unserer Schule hautnah mit. Mit mir können viele Eltern bestätigen, dass sich die Lern- und Unterrichtsmethoden bereits jetzt derart in diese Richtung verändern, dass die Ergebnisse schon jetzt spürbar sind. Und dies notabene noch bevor man den Lehrplan 21 definitiv eingeführt hat.

Die pädagogischen Hochschulen sind derart versessen auf diese neuen Lernarten, dass sie diese ihren Studenten blindlings eintrichtern und auch gestandene Lehrpersonen in Weiterbildungen darauf getrimmt werden. Wo bleibt da nur der Widerstand? Ich meine, an allem zustande kommenden Unfug sind nicht nur jene schuld, die ihn verursachen, sondern auch diejenigen, die ihn nicht verhindern.

Wissensabbau

Auch die Tatsache, dass man mit den Schülern nicht mehr Jahresziele anstrebt, sondern nach neuem Lehrplan in Zyklen von drei bis vier Jahren arbeitet, wird die Schere zwischen

den Schülern einer Klasse weiter öffnen. Durch die Verzettelung mit Lernabschnitten von drei bis vier Jahren anstatt klaren und transparenten Jahrgangsziele ist eine Harmonisierung zwischen den Kantonen gar nicht möglich. Oder glaubt man, dass ein Kind aus dem Kanton Solothurn nach einem Umzug in den Kanton Aargau den Unterricht dort nun genau am gleichen Ort fortsetzen können wird? Undenkbar, da sich die Ziele über bis zu vier Jahren hinziehen und der Weg dorthin völlig unterschiedlich sein wird. Um einen Wohnortwechsel tatsächlich zu vereinfachen, müssen klare und überprüfbare Jahrgangsziele für die einzelnen Schulfächer festgeschrieben werden.

Versprechen nicht eingehalten

Auch das Problem der Fremdsprachen ist mit dem neuen Lehrplan in keiner Weise gelöst. Im Gegenteil: Die unterschiedliche Handhabung in den Kantonen geht munter weiter. Ein Kind kann also auch mit dem Lehrplan 21 nicht einfach den Wohnkanton wechseln, ohne mit unterschiedlichen Fremdsprachen-Regelungen in Konflikt zu kommen. Es herrscht ein gnadenloser Flickenteppich über die ganze Deutschschweiz, welcher mit dem Lehrplan 21 nicht im Geringsten korrigiert wird. Das Versprechen der Erziehungsdirektoren wird mit dem neuen Lehrplan keineswegs eingehalten.

Bald wird man vielleicht sagen: Das waren noch Zeiten, als Lehrerinnen und Lehrer ihren Unterricht selbständig gestalten konnten, der Klassenlehrer alleine vor der Klasse stand, die Methodenfreiheit garantiert war, ihre Erfahrung zählte, Freiheit in der Stoffwahl bestand, die homogene Jahrgangsklasse Standard war, von Inspektoren und Schulpflegern fachliche und von Eltern erzieherische Unterstützung erhielten und ihren Beruf als Berufung empfanden.

Seit geraumer Zeit wird dieses Berufsbild demontiert. Stichworte dazu: Individualisieren mit integrativer Schulung unter Verbannung von Klassenunterricht, was zusätzliche Heilpädagogen im Klassenzimmer erfordert; alters-, leistungs-, sprach-, «ethnisch- und kulturheterogene» Klassen; überbordender Aufwand für Schulversuche, Schulentwicklung, Umfragen, Bürokratie und Rapporte statt Unterricht. Wer daran glaubt, dem Lehrplan 21 wegen vermeintlicher Harmonisierung zustimmen zu müssen, hat die geschilderten Risiken und Nebenwirkungen nicht realisiert.

Und wer meint, alles sei nun schon so weit, dass es keine Alternative mehr gäbe, der irrt ebenfalls. Man kann nicht infolge mangelnder Alternativen etwas einführen, das offensichtlich unausgereift, ideologisch, wissenschaftlich fragwürdig, experimentell und zu alledem noch sehr teuer ist. Es ist Zeit, STOPP zu sagen!

Im Kanton Solothurn wird die Volksinitiative «Ja zu einer guten Volksschule ohne Lehrplan 21» dem Stimmvolk am 21. Mai 2017 vorgelegt. Dann können Sie dem Lehrplan 21 mit einem «JA zur Initiative» einen Riegel schieben – damit unsere Jungen auch in Zukunft zu selbständigen und verantwortungsvollen Bürgern werden, welche sich im Leben bewähren können.

Weitere Informationen: www.so-ohne-lp21.ch

4. 2. 2017

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch

Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598